



AL/SG:	SG 61 - Kommunale Abfallwirtschaft
Aktenzeichen:	61-1761-12

Aichach, den 28.09.2021

Sitzungsvorlage

Drucksache:	61/019/2021	- öffentlich -
-------------	-------------	----------------

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	18.10.2021	

Betreff:

Halbjahresbericht 2021 des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft

Anlagen

Halbjahresbericht 2021 Zahlenteil

Hinweis auf frühere Beratungen und Beschlüsse:

Finanzielle Auswirkungen:

1. Gesamtkosten:
<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung <input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt
<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung <input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
2. Deckungsvorschlag:
3. Folgekosten:
<input type="checkbox"/> Personalkosten: <input type="checkbox"/> Sach- und Unterhaltskosten: <input type="checkbox"/> Finanzierungskosten: <input type="checkbox"/> Sonstiges:

Sachverhalt:

Nachfolgend wird der halbjährliche Zwischenbericht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft für das 1. Halbjahr 2021 vorgelegt (§ 19 EBV in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Satz 2 der Satzung des Landkreises über die Anwendung bestimmter für Eigenbetriebe geltender Vorschriften in der kommunalen Abfallwirtschaft).

Der Zwischenbericht ist entsprechend der Gliederung des Wirtschaftsplanes in eine Gesamtübersicht und in die bestehenden Teilbereiche der gewerblichen Betätigung (Sammlung der Verkaufsverpackungen) und der hoheitlichen Aufgabe (Hausmüllentsorgung) aufgeteilt.

1. Erfolgsplan

1.1 Gesamtübersicht

Folgende Feststellungen lassen sich für den Erfolgsplan insgesamt treffen:

Erträge, Umsatzerlöse

In der Gesamtbetrachtung kann festgestellt werden, dass die Umsatzerlöse im erwarteten Umfang eingingen. Die Hausmüllgebühren, die den größten Anteil an den Einnahmen stellen, gingen zum Halbjahr mit einer Summe 3.747.182 EUR mit einem Anteil von 50,64 % der kalkulierten Jahressumme ein. Die gesamten Gebühreneinnahmen im ersten Halbjahr betragen 4.072.499 EUR.

Die Verwertungserlöse der erfassten Wertstoffe Altpapier, Elektro-Schrott, Metall-Schrott, Hartplastik und Batterien bzw. CDs liegen mit 802.593 EUR bereits über dem Jahresansatz von 749.000 EUR.

Insbesondere aus dem Verkauf von Papier wurden bei einem Ansatz von insgesamt 480.000 EUR zur Jahresmitte bereits Erlöse in einem Umfang von 554.087 EUR erzielt. Dies entspricht 155 % des Ansatzes. Im gewerblichen Bereich wurden Papiererlöse in Höhe von 121.899 EUR bei einem Ansatz von 106.000 erzielt. Die gleiche Feststellung gilt dementsprechend auch für die Papiererlöse im hoheitlichen Teilbereich. Einem Ansatz von 374.000 EUR stehen dort Erlöse von 432.187 EUR gegenüber. Der Grund für diese höheren Einnahmen liegt in höheren Vermarktungserlösen. Die durchschnittlichen Erlöse für Papier bewegen sich im ersten Halbjahr mit 128,84 Euro/t deutlich über den Erlösen des Vorjahres (durchschnittlicher Erlös 2020: 40,30 Euro/t). Im Januar betrug der den Erlösen zugrunde liegende Marktpreisindex 75,59 EUR/t. Dieser ist im Juni bis auf 156,59 EUR/t angestiegen. Im Juli ist dieser Index um weitere 10 EUR/t angestiegen. Der Ansatz im Wirtschaftsplan wurde aufgrund der im letzten Jahr stark fallenden Preise deutlich reduziert. Die Gesamterlöse des Vorjahres aus der Papiervermarktung betragen rd. 501.000 EUR. Die Erlöse des ersten Halbjahres 2021 haben diesen Betrag bereits überschritten. Die gesammelte Menge ist mit 3.881 t zum 30.06. im Vergleich zum Vorjahr etwas angestiegen (1. HJ Vorjahr 3.760 t).

Aus dem Verkauf von Metallschrott wurden 230.440 EUR Erlöst. Damit ist der Planansatz von 211.000 EUR auch bereits übererfüllt (109% des Jahresansatzes). Auch im Metallschrottbereich sind die Vermarktungspreise deutlich gestiegen. Im Jahr 2020 betrug der durchschnittliche Erlös 203,08 EUR/t, im ersten Halbjahr 2021 betrug der durchschnittliche Erlös 348,45 EUR/t. Die erfasste Menge liegt mit 681 t im Bereich des Vorjahres (1. Halbjahr Vorjahr: 668 t).

Aus der Vermarktung der gesammelten E-Schrott-Geräte der Gruppe 4 (Haushaltsgroßgeräte) konnten im ersten Halbjahr insgesamt lediglich 1.764 EUR Erlöst werden, damit wurden für diese Fraktion kaum mehr Einnahmen erzielt (Ansatz 18.000 EUR). Bisher konnten für diese Geräte immer noch positive wirtschaftliche Ergebnisse erreicht werden. Seit dem zweiten Quartal sind für die erfassten Großgeräte wieder Erlöse zu erzielen (12,50 €/t). Da die Erlöse im dritten Quartal deutlich angestiegen sind (70 €/t) sollte sich auch die Erlössituation bei den Elektro-Großgeräten bis

Jahresende noch etwas positiver gestalten. Wenn man den Logistik-Aufwand in Höhe von 22.202 EUR gegenüberstellt, ist die Erfassung unter wirtschaftlichen Aspekten nicht rentabel.

Aus der Vermarktung der gesammelten E-Schrott-Geräte der Gruppe 5 (Haushaltskleingeräte) konnten 10.417 EUR Erlöst werden, dies entspricht 37,20 % des Ansatzes in Höhe von 28.000 EUR. Wenn man den Logistikaufwand von 29.464 EUR den Erlösen entgegenstellt, kann man feststellen, dass hier der Erfassungs-Aufwand ebenfalls höher als die Erlöse sind. Auch die Haushaltskleingeräte befinden sich im Zuzahlungsbereich. Im zweiten Quartal liegt der Marktpreisindex bei einer Zuzahlung von 30 EUR/t, über den Verwertungspartner erhalten wir zu diesem Preis einen Aufschlag, sodass für diese Geräte insgesamt noch geringfügige Erlöse erzielt werden können. Unter Haushaltskleingeräte fallen alle Elektrogeräte mit einer Kantenlänge von bis zu 50 cm. Da diese Geräte häufiger in den privaten Haushalten vorkommen, sollte unabhängig von der wirtschaftlichen Betrachtung eine flächendeckende Sammlung aufrechterhalten bleiben. Andernfalls besteht die Gefahr, dass viele dieser Geräte in unzulässiger Weise über die Restmülltonnen entsorgt werden. Inwiefern diese flächendeckende Sammlung über das Elektroaltgeräteregister (ear) möglich ist oder der Landkreis weiterhin eigene Container zur Verfügung stellt, sollte bis zum Ende des Optierungszeitraumes (September 2022) entschieden werden. Die erfassten Mengen entsprechen mit 260 t der Menge des Vergleichszeitraums des Vorjahres (255 t).

Aus der Vermarktung von Hartplastik konnten 4.926 EUR Erlöst werden, dies entspricht 50 % des Ansatzes von 10.000 EUR. Weitere geringfügige Erlöse wurden für die Verwertung von Bleibatterien in Höhe von 958 EUR erzielt.

Die in den Wirtschaftsplan eingestellten Umsatzerlöse in einem Umfang von 8.831.000 EUR gingen zur Jahresmitte in Höhe von 4.894.996 EUR ein (45,43%).

Kosten für den Betrieb der Wertstoffsammelstellen und Containerstandplätze

Die Personalkosten der Wertstoffsammelstellen werden unterjährig nicht von allen Gemeinden abgerechnet. Insgesamt wurden zur Jahresmitte Aufwendungen in Höhe von 302.995 EUR oder 37 % des kalkulierten Jahresaufwandes abgerechnet. Es ist davon ausgehen, dass im Verlauf des Wirtschaftsjahres Aufwendungen in der Größenordnung des Ansatzes anfallen werden.

Die Pachtzahlungen für die Grundstücke der Wertstoffsammelstellen sind von den Gemeinden zur Jahresmitte mit einem Umfang von 30.840 EUR zu 51 % abgerufen. Bei den Betriebskosten der Wertstoffsammelstellen sind mit Aufwendungen von 15.682 EUR rd. 26 % des Ansatzes ausgeschöpft.

Der Aufwand für die Containerstandplätze ist zum Halbjahr mit einem Aufwand von 20.355 EUR zu rund 30 % erfüllt.

Personalaufwand

In den Halbjahresbericht sind die im ersten Halbjahr ausbezahlten Löhne, Gehälter und Sozialabgaben in einer Höhe von 269.177 EUR eingeflossen. Die geringe Unterschreitung des Planansatzes (43 %) liegt in der fehlenden Auszahlung der jährlichen Sonderzuwendung begründet, die erst in der zweiten Jahreshälfte erfolgt (Weihnachtsgeld).

Abschreibungen

Zur Jahresmitte sind noch keine Abschreibungen gebucht. Die jährlichen Abschreibungen auf vorhandene Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden summarisch am Ende des Jahres buchhalterisch erfasst. Im letzten Wirtschaftsjahr 2020 betragen die Abschreibungen rd. 110.000 EUR. Es ist davon auszugehen, dass der Ansatz von 114.600 EUR zum Jahresende ausgeschöpft wird.

Verwaltungskostenersatz

Als Verwaltungskostenersatz für die Unterstützung durch die Gemeinden ist ein Aufwand von insgesamt 67.000 EUR in den Wirtschaftsplan eingestellt. Diese Kostenerstattung ist dem hoheitlichen Bereich zugewiesen. Die Verwaltungskostenerstattung mit den Gemeinden wurde zur Jahresmitte noch nicht abgerechnet, deshalb ist noch kein Aufwand berücksichtigt. Die Verwaltungskostenpauschale für die Gemeinden beträgt jährlich 0,50 €/Ew. Der Ansatz wird zum Jahresende ausgeschöpft werden.

Anders verhält es sich mit den Verwaltungskosten, die dem Landkreis erstattet werden. Diese wurden zum 30.06.2021 bereits in voller Höhe für das laufende Wirtschaftsjahr abgerechnet. Der Ansatz von 130.000 EUR wurde bei tatsächlichen Kosten in Höhe von 131.688 EUR leicht überschritten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (ohne Verwaltungskosten) liegen mit Ausgaben in Höhe von 107.931 EUR und rund 65 % der geplanten Jahresaufwendungen über dem erwarteten Ansatz.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurden im ersten Halbjahr vor allem Kosten für die Projektsteuerung des Wertstoffsammelstellenkonzeptes und für eine Ausschreibung verbucht.

Ergebnisentwicklung

Insgesamt ergibt sich zur Jahresmitte ein Überschuss von 242.016,79 EUR. Hauptursache für die verbesserte Situation zum Wirtschaftsplan (erwartetes Jahresdefizit in Höhe 831.800 EUR) ist neben noch fehlenden Abrechnungen für den Betrieb der Wertstoffsammelstellen oder unterjähriger Abschreibungen im ersten Halbjahr vor allem die deutlich verbesserte Erlössituation im Bereich der Vermarktung von Papier und Altmetall. Zum Jahresende ist davon auszugehen, dass das im Wirtschaftsplan für das Gesamtjahr prognostizierte Defizit nicht erreicht wird.

Im Detail lässt sich zu den einzelnen Teilbereichen Folgendes darstellen:

1.2 Gewerblicher Bereich

Die Nebenentgelte der dualen Systeme wurden von den dualen Systemen für das erste Halbjahr vollständig entrichtet. Von den im Wirtschaftsplan veranschlagten Entgelten in Höhe von 190.000 EUR gingen Zahlungen in einem Umfang von 95.029 EUR ein (50%). Die einzelnen Anteile der Systeme an den Nebenentgelten richten sich nach dem Marktanteil des jeweiligen Systems. Diese Marktanteile werden von der zentralen Stelle verbindlich festgelegt. Die dualen Systeme haben sich, ihrem jeweiligen Anteil entsprechend, an den Systemkosten zu beteiligen.

Die PPK-Mitbenutzungsentgelte für das erste Halbjahr wurden von den dualen Systemen im geforderten Umfang erstattet. Der Ansatz im Wirtschaftsplan in Höhe von 378.000 EUR ist mit Erlösen in Höhe von 202.724 EUR zu 53 % erfüllt. Auf Grundlage der Abstimmungsvereinbarung tragen die dualen Systeme die Kosten für die Miterfassung der Verpackungskartonagen. Die Systeme tragen in diesem Zusammenhang für 33,5 % der gesammelten Papiermenge die Erfassungskosten von rd. 150 EUR/t.

Unser Vertragspartner bei der Papiererfassung nimmt die statistische Erfassung im Rahmen des sog. Mengenstromnachweises vor. Für diese Aufgaben werden den Partnern Erstattungszahlungen geleistet. Die hierfür veranschlagten Kosten von 18.000 EUR sind zu 50 % verausgabt.

Die Verwertungserlöse für den Verkauf des gewerblichen Papieranteils liegen mit 121.899 EUR bereits über dem Jahresansatzes von 106.000 EUR (s. Ausführungen zu den Papiererlösen unter Punkt 1.1).

Die Kosten für die Erfassung des gewerblichen Papieranteils liegen mit einem Aufwand von 170.044 EUR bei 43 % des kalkulierten Aufwandes von 394.000 EUR.

Insgesamt kann für den gewerblichen Bereich zur Jahresmitte ein Überschuss in Höhe von 87.020,01 EUR verzeichnet werden. In den Wirtschaftsplan ist ein Defizit in Höhe von 93.100 EUR eingestellt.

Fall sich die Verwertungspreise für das Altpapier im zweiten Halbjahr auf dem Niveau des ersten Halbjahres stabilisieren, wird dieses Teilsegment mit einem deutlich geringen Defizit oder einem geringfügigen Überschuss abschließen können.

1.3 Hoheitlicher Bereich

Die Hausmüllgebühreneinnahmen wurden im ersten Halbjahr in der prognostizierten Höhe eingehoben. Die Gebühreneinnahmen von rd. 3.747.182 EUR entsprechen einem Anteil von 50,64 % der veranschlagten gesamten Hausmüllgebühren. Die ausgegebenen Müllsäcke werden von den Gemeinden erst zum Jahresende abgerechnet. Die Gebühreneinnahmen liegen somit im erwarteten Bereich. Zur Deponie Binsberg (DK II) gab es im ersten Halbjahr Anlieferungen in einem Umfang von 2,65 t und in diesem Zusammenhang Gebühreneinnahmen in Höhe von 692 EUR. An die Deponie Steinegaden (DK I) gab es dagegen im ersten Halbjahr Anlieferungen in einem Umfang von 219 t, die zu Gebühreneinnahmen von rd. 24.658 EUR führten. Es stehen auf der Aufwandsseite entsprechende Deponierungskosten gegenüber.

Aus der Abholung von Elektrogeräten wurden Gebühren in Höhe von 1.420 EUR vereinnahmt.

Die Erlöse aus der Vermarktung von Wertstoffen wurden bereits unter Punkt 1.1 dargestellt.

Verwaltungskostenerstattungen des AVA KU für Anlieferung von Gewerbemüll zur thermischen Behandlung wurden im ersten Halbjahr in Höhe 12.952 EUR (54% des Ansatzes) ausgezahlt. Mahngebühren, Bußgelder und Erstattungen gingen in einem Umfang von 7.747 EUR ein (51,65 % des Ansatzes).

An Zinserträgen konnten im ersten Halbjahr 4.471 EUR erzielt werden. Das entspricht ca. 11 % des Ansatzes von 40.000 EUR. Grund hierfür ist, dass die Zinserträge nach den Laufzeiten der verschiedenen Anlagen zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Jahres gutgeschrieben werden. Eine unterjährige Abgrenzung wird nicht gebucht. Die für das Wirtschaftsjahr veranschlagten Zinserträge sollten insgesamt aber eingehen.

Bei den Aufwendungen für die Beschaffung der Müllgefäße und Restmüllsäcke ist der Ansatz von 80.000 EUR bei einem Aufwand von 46.410 EUR zur Jahresmitte bereits zu 58 % ausgeschöpft. Grund hierfür sind die weiterhin in hoher Anzahl beschafften Papiertonnen. Zum 01.01.2021 waren 24.878 Gefäße im Landkreis verteilt, zum 31.08.21 werden 25.835 Gefäße durch die Bürger genutzt. In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden somit 1.000 Gefäße angemeldet. Im gesamten Wirtschaftsjahr 2020 nahm die Zahl der Papiertonnen insgesamt um 2.700 Gefäße zu. Vor Einführung der Gelben Tonne war jeweils ein Anstieg von einigen hundert Gefäßen jährlich zu verzeichnen.

Die Kosten für den Hausmülltransport sind mit 1.157.538 EUR hälftig ausgeschöpft (51,45%).

Die Kosten für die Restmüllbehandlung liegen zur Jahresmitte mit einem Aufwand von 757.894 EUR ebenfalls im Plansoll (50,30%). Der Verwaltungsrat der AVA hat am 13.07.2021 für das zweite Halbjahr eine Preissenkung um 15 €/t beschlossen. Der Jahresansatz von rd. 1.500.000 EUR

dürfte somit nicht in voller Höhe ausgeschöpft werden. Die Hausmüllmenge ist mit 7.990 t im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres (7.424 t) deutlich angestiegen.

Die Verwertungskosten für den Bioabfall liegen mit 714.611 EUR (Ansatz: 1.560.000 EUR) etwas unter dem Soll (45,8 %).

Der Ansatz von 24.000 EUR für die Sperrmüllabholung an den Haushalten ist mit einem Aufwand 14.465 EUR zu 60 % erfüllt. Im ersten Halbjahr 2020 fiel in diesem Zusammenhang ein Aufwand von 17.017 EUR an. Bei den Abholungen der Sperrmüllcontainer an den Wertstoffsammelstellen ist der Ansatz von 220.000 EUR mit Ist-Ausgaben von 117.313 EUR (126.500 Euro) zu rd. 53 % erfüllt. Die Sperrmüllabholungen aus Haushalten sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert (1. Halbjahr 2021: 194 t; Vergleichszeitraum 2019: 190 t). Die an den Wertstoffsammelstellen angelieferten Sperrmüllmengen stiegen erneut deutlich an (1. Halbjahr 2021: 1.261 t, Vergleichszeitraum Vorjahr: 1.141 t). Für das gesamte Jahr wurde eine Anliefermenge von 2.800 t prognostiziert. Bei einer gesamten Sperrmüllmenge von 1.355 t im ersten Halbjahr sollte dieser Ansatz ausreichen. Es ist weiterhin ein steter Anstieg der Sperrmüllmengen zu verzeichnen.

Bei der Entsorgung und Verwertung von Problemmüll ist bei Aufwendungen in einem Umfang von 64.010 EUR der Planansatz zu rd. 58 % erfüllt. Bei der mobilen Problemmüllsammmlung fielen bei einem Planansatz von 102.000 EUR für die Sammlung und die Verwertung der Problemabfälle zur Jahresmitte Aufwendungen in Höhe von 55.908 EUR an (54,81 % des Ansatzes). Für die Abholung der Kühlgeräte von den Haushalten entstanden Kosten in Höhe von 2580 EUR. Diesem Aufwand stehen Gebühreneinnahmen in Höhe von 1.420 EUR für 71 Abholungen gegenüber. Im Zusammenhang mit der Entsorgung von Nachtspeicherheizgeräten wurde der Ansatz von 8.000 EUR bei einem Aufwand von 8.102 EUR bereits übererfüllt. Der Aufwand des gesamten Vorjahres ist somit schon zur Jahresmitte aufgetreten.

Der Logistik- und Verwertungsaufwand bei den Wertstoffen von den Wertstoffsammelstellen liegt mit 722.432 EUR im Soll (50,13 % des Ansatzes von 1.441.000 EUR). Für die Altholz-Logistik ist zur Jahresmitte in diesem Zusammenhang ein unvermindert hoher Aufwand in Höhe von 222.902 EUR angefallen. Dies entspricht der Größenordnung des Vorjahres bzw. 55,73 % des Ansatzes.

Sonderaktionen wurden in diesem Jahr noch nicht durchgeführt, daher ist in diesem Zusammenhang noch kein Aufwand angefallen. Im November findet die Sammlung von landwirtschaftlichen Folien in Zusammenarbeit mit dem Bayer. Bauernverband statt. Diese Sammelaktion wird vom Landkreis mit 3.500 EUR bezuschusst, sodass der Ansatz insgesamt nicht ausgeschöpft werden wird.

Der hoheitliche Bereich steht zur Jahresmitte bei einem Überschuss von 154.996,78 EUR. Das für das gesamte Jahr prognostizierte Defizit von 738.700 EUR wird vor allem angesichts der reduzierten Annahmepreise für Haus- und Sperrmüll bei der AVA und den verbesserten Erlösen aus der Wertstoffvermarktung nicht eintreten.

2. Vermögensplan

Anlageinvestitionen des Vermögensplans wurden in der ersten Jahreshälfte nicht getätigt. Die Aufwendungen für die Investition von Wertstoffsammelstellen werden im Wirtschaftsjahr nicht in der eingestellten Größenordnung von 1.000.000 EUR anfallen. Dabei handelt es sich um Mittel für mögliche Investitionen aus dem Wertstoffsammelstellenkonzept. Investitionen fielen bisher nur für die Überdachung zur Annahme der Elektrogeräte in Dasing an.

Es ist weder eine Zuführung aus dem Kreishaushalt für den Verlustausgleich früherer Jahre noch eine Abführung an den Kreishaushalt als Rückerstattung früherer Verlustausgleichszahlungen vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie nimmt den Halbjahresbericht 2021 des Regiebetriebes Kommunale Abfallwirtschaft zur Kenntnis.

Michael Haas